Drucksache 17 / **342 S**

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 17. Wahlperiode

12.06.09

Antrag der Fraktion der CDU

Bearbeitungszeit von Elterngeldanträgen verringern!

Seit Inkraftreten des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) am 1. Januar 2007 haben alle Eltern von ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kindern Anspruch auf Elterngeld, sofern sie die vorgegebenen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen. Ziel des Elterngeldes ist es, Eltern unmittelbar nach der Geburt ihres Kindes finanziell zu unterstützen. Gemäß § 12 Abs. 1 des BEEG bestimmen die Landesregierungen die für die Ausführung des Gesetzes zuständigen Behörden. In der Stadtgemeinde Bremen wurde das Amt für Soziale Dienste für diese Aufgabe bestimmt.

Bereits seit der Einführung der neuen familienpolitischen Leistung des Bundes gibt es in Bremen Probleme hinsichtlich der Bearbeitungsdauer von Elterngeldanträgen. Die Gründe, die zu einer langen Bearbeitungsdauer führen, die derzeit bei durchschnittlich drei Monaten liegt, wurden bereits von mehreren Fraktionen parlamentarisch hinterfragt. Erstmals von der CDU-Fraktion im Sommer 2007. Seitens des zuständigen Ressorts wurden jeweils unterschiedliche Begründungen für den Bearbeitungsstau bei Elterngeldanträgen angeführt. Für die Eltern, die monatelang auf die Bewilligung und die Eingangsbestätigung ihres Elterngeldantrages warten müssen, ist dies ein unhaltbarer Zustand, der vom Gesetzgeber so nicht gewollt ist.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- geeignete Maßnahme zu ergreifen, um die Bearbeitungsrückstände in der Elterngeldstelle des Amtes für Soziale Dienste mittelfristig abzuarbeiten.
- 2. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zukünftig eine kürzere Bearbeitungszeit von Elterngeldanträge sicherzustellen.
- 3. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Attraktivität des Serviceangebots der Elterngeldstelle im Amt für Soziale Dienst nachhaltig zu erhöhen.
- der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration bis zum 30. September 2009 über die ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Sandra Ahrens, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU